

Migrationsrat Berlin e.V.

Koray Yilmaz-Günay
Geschäftsführer

Tel.: +49 (0)30 616 587 55

Mobil: +49 (0) 1522 615 42 94

Koray.Yilmaz-Gunay@Migrationsrat.de
www.migrationsrat.de

Berliner Sparkasse

IBAN: DE90 1005 0000 0190 6648 35

BIC: BELADEV3333

Berlin, den 24.04.24

Offener Brief

Sehr geehrte Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (Bündnis 90/Die Grünen),
sehr geehrter stellvertretender Bürgermeister Oliver Nöll (Die Linke),
sehr geehrte Bezirksverordnete des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg der demokratischen Fraktionen,

mit Entsetzen nehmen wir die fristlose Kündigung der Leistungsverträge für die Kinder- und Jugendeinrichtungen "Phantalisa" und "Alia" zur Kenntnis, die von FRIEDA Frauen*-Zentrums e.V. getragen werden. Bezirksstadtrat Max Kindler (CDU) untergräbt das Vertrauen der diversen Berliner Stadtgesellschaft in das demokratische und verwaltungskonforme Handeln der bezirklichen Behörden und bedroht die ohnehin prekäre, aber systemrelevante Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk. Wir appellieren an Sie: Gehen Sie Ihrer Verantwortung als politische Entscheidungsträger*innen gegenüber den Friedrichshainer*innen und Kreuzberger*innen nach und korrigieren Sie die intransparente, fragwürdige und weit über den Bezirk hinaus gefährliche Entscheidung von Stadtrat Kindler!

Das FRIEDA-Frauen*-Zentrum existiert seit über 24 Jahren und hat sich im Bezirk als erfolgreiches soziokulturelles Zentrum etabliert. Mit der intersektionalen und queer-feministischen Neuausrichtung und dem damit einhergehenden Ausbau diskriminierungssensibler Mädchen- und Frauenarbeit leistet FRIEDA einen unschätzbaren Beitrag zur bedarfsorientierten Stärkung von Mädchen und Frauen. Seit 2022 ist der Verein unser Mitglied im Migrationsrat Berlin e.V. Selbstverständlich verfolgen wir die Debatten um seine (Neu-)Ausrichtung ebenso wie die aktuellen Entwicklungen aus nächster Nähe.

Die fristlose Aufkündigung der Zusammenarbeit bedarf gründlicher und nachvollziehbarer Abwägungsprozesse und kann nicht im Alleingang von einem Bezirksstadtrat entschieden werden. Herr Kindler hat weder den Jugendhilfeausschuss über seine Entscheidung vorab informiert, noch ist nachweislich der Versuch eines Klärungsprozesses erkennbar. Wir entscheiden uns heute für einen Offenen Brief an Sie, weil durch sein Handeln eine neue Eskalationsstufe erreicht wurde. In den nächsten Wochen wäre ein Klärungsprozess, der sowohl Sie als Bürgermeisterin als auch die Zivilgesellschaft einbindet, notwendig. In der Kinder- und Jugendhilfe sollte ein kooperativer, lösungsorientierter Umgang ohnehin der Standard sein. Gerade jetzt, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt durch antifeministische, rassistische, antisemitische und populistische Hetze bedroht wird, müssen rechtsstaatliche Grundsätze umso mehr gelten. Eine Vor-Verurteilung und die kollektive In-Haftung-Nahme einer ganzen Mitarbeiter*innenschaft zählen sicher nicht dazu.

Sie können entscheiden, ob Sie Ihren Stadtrat Kindler in seinem willkürlichen Handeln unterstützen – und somit weitere Verunsicherung und Misstrauen in der vielfältigen Gesellschaft des Bezirks schüren wollen.

Sie können stattdessen Vertrauen schaffen, indem Sie eingreifen:

1. Die fristlose Kündigung der Leistungsverträge für beide Einrichtungen muss sofort zurückgenommen werden. Der Betrieb der beiden Einrichtungen muss ohne weitere Unterbrechung fortgeführt werden. Die Interessen und Bedürfnisse der Nutzenden dürfen nicht unter dem zweifelhaften Profilierungsdrang eines Stadtrats leiden.
2. Eine lückenlose Aufklärung zum eigenmächtigen, nicht nachvollziehbaren und vor allem für große Teile der Bezirksbevölkerung irritierenden Handeln von Herrn Kindler muss in die Wege geleitet werden. Bitte erklären Sie öffentlich: Teilen Sie Herrn Kindlers Auffassung, dass es eine Rechtsgrundlage für seine Entscheidung gebe? Ist das Heranziehen nirgendwo veröffentlichter personenbezogener Daten eine im Bezirk gängige, Ihres Erachtens rechtskonforme Praxis? Verfügt das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg über die fachlichen und personellen Kompetenzen, um zu einer validen Beurteilung der politischen Aktivitäten der ganz offenbar ausgespähten Projektmitarbeiter*innen zu kommen?

Anstelle parteipolitischer Willkür müssen bundes- und landesrechtskonforme Entscheidungsprozesse walten. Die politisch aufgeladenen Diskussionen um die sogenannte Antisemitismusklausel in der Berliner Koalition haben im Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg zu vorschnellen und gefährlichen Schlussfolgerungen geführt, die auf äußerst zweifelhafte Praxen hindeuten. Vor dem Hintergrund der Senats-Sparzwänge scheint die Abwicklung von zwei Einrichtungen unter dem Vorwand, die Demokratie zu schützen, Herrn Kindler gelegen zu kommen. Welche politischen Aktivitäten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entsprechen, kann nicht auf Basis von Boulevardberichterstattung bewertet werden. Wir fordern eine eingehende Prüfung der Entscheidungen von Stadtrat Kindler auf Rechtskonformität und ggf. entsprechende Konsequenzen.

Wir lassen nicht zu, dass das politische Klima der Spaltung besonders marginalisierte Gruppen trifft. Sie als politische Entscheidungsträger*innen tragen die Verantwortung, dies zu verhindern. Wir appellieren eindringlich an Sie: Nehmen Sie die Kündigung zurück und sorgen Sie für eine öffentlich nachvollziehbare lückenlose Aufklärung, sichern Sie die Zukunft von "Phantalisa" und "Alia"!

Hochachtungsvoll
Migrationsrat Berlin e.V.